

FDP – Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwalbach a. Ts.

Haushaltsrede von Ulrich Schneider zum Haushaltsplan für das Jahr 2012 und den
Nachtragshaushalt für das Jahr 2011

Grundlage einer erfolgreichen, Zukunft orientierten Kommunalpolitik ist ein Haushaltsplan, der finanziell ausgeglichen, stabil und nachvollziehbar ist. Das ist auch beim Haushaltsplan 2012 wieder nicht der Fall, im Gegenteil: mit einem Fehlbetrag von fast 4 Mio €, würde ich ihn eher als stark luftgefüllt bezeichnen, der nicht auf finanziell abgesicherten und nachprüfbaren Grundlagen beruht

Und das Jahr 2011 war wieder ein Jahr der wundersamen Geldvermehrung!

Zur Begründung: Uns Stadtverordneten liegt bis heute trotz anderweitiger Zusagen seit 2006 kein Jahresabschluss, weder nach kameralistischer noch nach der Doppik-Buchführung, vor.

Die für die Doppik-Buchführung erforderliche Eröffnungsbilanz fehlt immer noch, lediglich ein Entwurf liegt seit einem Jahr vor.

Es fehlen somit alle notwendigen Grundlagen für ein solides Zahlenwerk.

Dass selbst der Magistrat und die Verwaltung den Durchblick verloren haben, will ich an zwei Beispielen aufzeigen:

1. Eine von mir im HFA angeforderte Aufstellung über die bisherigen externen Ausgaben für Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und anderer Beratungsleistungen ergab, dass zwischen dem Bericht und den Zahlen im HH starke Abweichungen bestehen, die sich im 6stelligen Zahlenbereich bewegen.
Da fragt man sich, was stimmt denn nun – die Zahlen des Magistrates aus dem Haushalt oder aus dem Bericht vom 25.11.2011?
(Antwort des Magistrates = 147.458 € bisher angefallene Kosten, tatsächlich ausgegeben lt. HH.Plan 2011/2012 = 203.109 für 2009+2010 im Ist, für 2011 = 284.085 € im Plan. Erwartete Kosten lt. Magistrat 55.000 €, lt. Haushalt 2012 = 190.300 €!!)
2. In der HFA Sitzung wurde nach der fehlenden Anlage für die Rücklagen gefragt. Antwort konnte nicht gegeben werden, da die Eröffnungsbilanz fehlt.
Auf Nachfrage wurde dann zunächst ein Betrag von ca. 25 Mio € genannt, der aber kurze Zeit später auf ca. 23 Mio € korrigiert wurde.

Wir wüssten schon gerne endlich einmal, wie unsere städtischen Finanzen tatsächlich aussehen.

Genauso verhält es sich mit den vom Magistrat vorgelegten Zahlen in den Fortschreibungslisten der Vorlagen M 37 und M 38 zum Haushaltsplan. Wegen fehlender Begründung waren die Zahlen darin oft nicht nachvollziehbar.

Mit Vorlage der Abstimmungsliste wenige Tage später in der Sitzung des HFA am 2. 12 2011 waren diese Zahlen schon wieder Makulatur und wurden teilweise im HFA nochmals verändert: Nachvollziehbar dies alles für uns Stadtverordneten mit Sicherheit nicht.

Über diese Zahlen soll aber heute in den Satzungen zum Nachtrags-Haushaltsplan 2011 und zum Haushaltsplan 2012 abgestimmt werden, ohne dass uns eine neue Vorlage mit den korrekten Zahlen vorliegt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, über welche Zahlen zu den beiden HH wir heute abstimmen - ich glaube kaum – oder ?

Schon alleine aus diesen Gründen sehen wir uns nicht in der Lage, den beiden Zahlenwerken zuzustimmen

1. Nachtragshaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für 2011

Der Nachtrag ist das Ergebnis der von uns seit Jahren kritisierten Veranschlagungspraxis und gleicht den defizitären Haushalt 2011 nicht nur aus, sondern weist einen stattlichen Überschuss aus – wie hoch der auch immer letztendlich ist.

Mit dem Nachtrags-Haushalt, Vorlage M 31, betrug der Überschuss ursprünglich rund 1.450.000 €!!

Mit Vorlage M 37 wurden weitere Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 2 Mio € angekündigt und in der HFA-Sitzung widerrufen, die neuen Zahlen liegen uns auch hier nicht vor, sodass wir hoffen, dass die anderen Änderungen der Vorlage, den v.g. Überschuss nicht gefährden.

Bei diesem Überschuss hätten wir einen weiteren Vorschlag zur zusätzlichen Schuldenreduzierung erwartet (z.B. Sondertilgung oder Sondertilgungsrücklage)

Wir werden dem Nachtrags-Haushalt aus den v.g. Gründen nicht zustimmen, sondern uns der Stimme enthalten

Zum Haushalt 2012: Wieder eine Chance verpasst!

Die Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass wieder eine Chance vertan wurde zu zeigen, dass auch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bereit sind zu sparen. D.h. für uns, Schulden abzubauen, Steuern dem Wettbewerb unterzuordnen oder zumindest anzugleichen und eine sozial ausgewogene und finanziell stabile Haushaltspolitik für die Zukunft unserer Stadt und deren Bevölkerung zu betreiben.

Zumindest sollten wir jetzt die Voraussetzungen schaffen für die Zeit, in der die Einnahmen, vor allem bei der Gewerbesteuer, nicht mehr so sprudeln und wir den jährlichen Fehlbedarf von 5 Mio € aus den laufenden Mittel nicht mehr decken können. Zur Deckung müssten dann wieder Schulden gemacht werden.

Letztes Jahr waren die Mehrheitsfraktionen noch bereit, einer Sondertilgung zuzustimmen. In diesem Jahr hätte wieder eine Sondertilgung geprüft werden können oder zumindest über eine Sonderrücklage von einigen MIO Euro zur Tilgung der restlichen Schulden im städtischen Haushalt nachgedacht werden können.

Dies ist nicht der Fall – hier scheint es ein Stillhalte-Abkommen zwischen Magistrat bzw. der Bürgermeisterin und den Mehrheitsfraktionen zu geben, nach dem Motto: „Gibst du mir Geld für mein Spielfeld – so gebe ich dir Geld für deines“.

Unter diesen Gesichtspunkten und bei dem nicht erkennbar vorhandenen Sparwillen will ich nur auf einige Beispiele eingehen.

Das Naturbad

Vor einem Jahr habe ich dazu u.a. folgendes gesagt:

Nachdem CDU/Grüne die Sanierung des Hallenbads wegen der hohen Kosten zu den Akten gelegt haben, nun ein neuer Versuch, Ihre Wahlversprechen von 2002 und 2006 zu retten. Wir brauchen ein Bad, egal was es kostet, egal wie es aussieht und schon ganz egal ist Ihnen inzwischen, wie und an wievielen Tagen die Schwalbacher es nutzen können. Dafür stellen Sie dann 1,5 Mio € in den HH ein und damit ja nichts schief gehen kann, gleich nochmal 500.000 für 2012.

Wie wäre es denn mit einem Nachschlag – nach Recherchen kostet ein solches Naturbad, wie Sie es sich vorstellen, mindesten 3,5 bis 4 Mio € - an die Folgekosten nicht zu denken. Hören Sie sich doch mal im Hessenland um und lassen Sie sich z.B. vom Sprecher der Gemeinde Niestetal die Augen öffnen.

Dann habe ich noch über Kostensteigerungen, Folgekosten und die beschränkten Nutzungsmöglichkeiten und damit der fehlenden Akzeptanz gesprochen:

Wenn Sie die Kostensteigerung von 2001 bis heute berücksichtigen, dann müssen sie mit 3,7 Mio Euro Herstellkosten rechnen. Nutzungsmöglichkeit bei einem schönen Sommer ca. 60 Tage ca. 60.000 € Investition pro Tag und mindesten 4.000 € Folgekosten pro Tag und das ohne Personalkosten. Wollen sie damit wirklich die SchwalbacherInnen für die Zukunft belasten? Die Schüler, die Mitglieder in den Schwimmvereinen und bewegungsbedürftige Bürger haben einen anderen Bedarf, nämlich nach einen Bad, das im ganzen Jahr genutzt werden kann, und dann auch nur, wenn es mit mehreren Kommunen gebaut und auch unterhalten wird. Lassen Sie uns gemeinsam diese Alternative beharrlich anstreben.

Im Grunde genommen ist dem für 2012 nichts hinzuzufügen, nur satteln Sie mit dem von Ihnen ursprünglich vergessenen Funktionsgebäuden und deren Dachausrichtung nach Süden noch eins drauf. Die vom Magistrat beschlossene Planung wird von Ihnen hoch emotional abgelehnt. Sie wollen eine neue Planung mit neuem Architekten. Hintergrund ist, dass einige Ihrer Fraktionsmitglieder eine weitere Solaranlage auf städtischem Eigentum errichten und zusätzlich Gewinne abschöpfen können.

Die Solaranlagen - ein Musterbeispiel von Selbstbedienungspolitik.

Auf unseren Antrag, nach dem eine Betreiber-Pacht bzw. -Miete vorgesehen ist und die Stadt davor bewahrt werden soll, in 25 Jahren die dann fast schrottreifen und weniger effektiven Anlagen zu übernehmen, damit dem Betreiber die Abbaukosten erspart bleiben, folgt ein Gezeter aus CDU und Grünen, dass das Projekt dann wegen geringerer Rendite gefährdet wäre, und dass dies überhaupt bürgerfeindlich sei.

Ich frage Sie – wissen Sie nicht, dass dies in anderen Gemeinden normale Praxis ist, damit die Gemeinde als Eigentümer auch etwas vom Kuchen abbekommt.

Und der nächste Fall - Sie verhindern für eine weitere Solaranlage auf dem Dach des Atriums eine vernünftige zukunftsorientierte Sanierungs- bzw. Gesamtplanung, die evtl. auch einen Abriss bzw. Teilabriss zur Folge hätte.

Die Bürgermeisterin stimmt Ihnen dabei auch noch zu, indem sie, wegen des berühmten Planers Prof. Reichow, das Atrium als „Denkmal zu schützendes Gebäude“ deklariert.

Wenn es dann einer wagt, von Interessenkollision zu sprechen, dann wird er angegriffen mit Argumenten, die hanebüchen sind, wie z.B. auch in der Schwalbacher Zeitung: *„Lächerlich machen sich die Schwalbacher Liberalen aber mit dem Hinweis auf das Haushaltsdefizit der Stadt. Wer eine Lücke von 3 Mio € mit einer Zusatzeinnahme von vielleicht 5.000 € stopfen will, der betreibt keine ernsthafte Politik mehr.“*

Ich sage dazu nur, wer mit solcher Argumentation, dass 25 Jahre lang pro Jahr 5.000 € kein Geld ist, selbst ernstgenommen werden will, der passt nicht in die heutige Zeit.

Ich bin mir sicher – sehr viele Schwalbacher wären froh, wenn sie diesen Betrag zu Verfügung hätten.

Weitere Ausführungen könnte ich zu anderen Entscheidungen, Vorstellungen und Planungen der Mehrheitsfraktionen machen, z.B.

- **zu dem überzogenen Zuschuss für die katholische Kinderkrippe in der Badener Str.;**
 - **zum Kauf des Heizwerksgrundstückes,**
 - **zur ausufernden Erweiterung der Schulkinderhäuser und**
 - **zu der unprofessionellen Einmischung bei den Heizkosten,**
- um nur einige Themen zu nennen.

Sie haben in den letzten Jahren, vor allem nach der Kommunalwahl, bewiesen, dass Sie nur Ihre Interessen, und das sind zunehmend grüne Spezialinteressen, verfolgen, und dass Sie das Gemeinwohl dabei weniger berücksichtigen.

Zum Stellenplan

Dem Stellenplan können wir nicht zustimmen, da der Magistrat uns ohne Vorwarnung und ausreichender Begründung in der letzten HFA-Sitzung im Erzieherinnenbereich mit 35 Stellenanhebungen konfrontiert hat.

Auch sind die ständigen Stellenanhebungen und Stellenmehrungen ohne Information nicht immer nachvollziehbar.

Deshalb werden wir uns hier der Stimme enthalten.

Zur Haushaltssatzung

Wie die Abstimmung im HFA gezeigt hat, sind wir sehr wohl mit einigen Produktbereichen, wie z.B. Kinder-, Jugend und Seniorenarbeit, den Vereinen und der Kulturkreis GmbH einverstanden und beantragen, wie angekündigt, hierfür getrennte Abstimmung.

Den restlichen Produktbereichen können wir aus den von mir ausgeführten Gründen nicht zustimmen, so auch nicht der Haushaltssatzung mit den Steuerhebesätzen.

Bei den bestehenden Leerständen der Gebäude am Kronberger Hang und zur Pflege des Gewerbebestandes halten wir es für falsch und kurzsichtig gedacht, den Hebesatz der Gewerbesteuer nicht, wie von uns beantragt, auf 330vH zu senken, um so mit den Nachbargemeinden konkurrieren zu können.

Eschborn hat es uns mit der Deutschen Börse vorgemacht, dass bei vielen Unternehmen die Höhe des Hebesatzes für den Standort entscheidend ist, z.B. auch für die Fa. Yaskawa, die vor wenigen Jahren von Schwalbach nach Eschborn gezogen ist.

Zum Schluss möchten wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung an der Spitze den Amtsleiterinnen und Amtsleiter, für die viele Arbeit bedanken.

Wir wünschen Ihnen, dass es Ihnen mit externer Unterstützung gelingt, die Abschlüsse der letzten fünf Jahre und die Eröffnungsbilanz nun schnellstens vorzulegen und damit auch die Doppik in den Griff zu bekommen.

Dank auch dem Magistrat, allen voran der Bürgermeisterin Frau Augsburg, für die Zusammenarbeit im letzten Jahr, sowie bei den Haushalts-Beratungen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest, alles Gute für 2012, vor allem aber beste Gesundheit!